

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Edelgard Bulmahn, Ingrid Arndt-Brauer, Michael Groß, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Hubertus Heil (Peine), Ulrich Kelber, Daniela Kolbe (Leipzig), Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Mechthild Rawert, Anton Schaaf, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD**

**sowie der Abgeordneten Dr. Hermann E. Ott, Dr. Thomas Gambke, Dr. Valerie Wilms, Beate Walter-Rosenheimer, Kerstin Andreae, Cornelia Behm, Birgitt Bender, Harald Ebner, Hans-Josef Fell, Bettina Herlitzius, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Sven-Christian Kindler, Maria Klein-Schmeink, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Stephan Kühn, Undine Kurth (Quedlinburg), Dr. Tobias Lindner, Nicole Maisch, Friedrich Ostendorff, Lisa Paus, Elisabeth Scharfenberg, Dr. Gerhard Schick, Dorothea Steiner, Dr. Harald Terpe, Markus Tressel, Daniela Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der Beratung des Schlussberichts der Enquete-Kommission  
„Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften  
und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“  
– Drucksache 17/13300 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit einem interfraktionellen Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde in der 17. Legislaturperiode die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ beantragt und durch Beschluss des Deutschen Bundestag vom 1. Dezember 2010 eingesetzt. In einem am 15. April 2013 vorgelegten und in der Enquete-Kommission von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages einstimmig beschlossenen Abschlussbericht wurden die Ergebnisse der Arbeit in der Enquete-Kommission zusammengefasst. Jetzt gilt es, die erzielten Ergebnisse und Vorschläge der Enquete-Kommission in konkrete Gesetzgebung und politisches Handeln umzusetzen.

Der Bundestag begrüßt den Abschlussbericht der Enquete-Kommission und die erarbeiteten Erkenntnisse, insbesondere, dass Wachstum kein Ziel an sich ist, sondern Folge von politischem und wirtschaftlichem Handeln. Im Vordergrund steht die Sicherung einer hohen Lebensqualität und ökologischen Nachhaltigkeit. Perspektivisch geht es darum, eine tiefgreifende sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten. Hierzu ist eine neue

Wohlstandsmessung nötig, die das Bruttoinlandsprodukt (BIP) relativiert und die sozialen und ökologischen Dimensionen gleichberechtigt berücksichtigt.

II. Der Deutsche Bundestag beabsichtigt deshalb,

1. die gemeinsam getragenen Ergebnisse der Enquete-Kommission in der parlamentarischen Arbeit zu berücksichtigen und umzusetzen;
2. ein gut kommunizierbares Indikatorensystem zur Messung von Wohlstand, sozialer Entwicklung und Lebensqualität im Sinne der Nachhaltigkeit zu etablieren, das
  - a) neben der ökonomischen Dimension gleichberechtigt die soziale und ökologische Dimension darstellt,
  - b) jährlich vorgelegt, breit kommuniziert und diskutiert wird und
  - c) den sozialen und ökologischen Indikatoren mehr Gewicht im politischen Raum verschafft. Hierzu ist eine Reform des Berichts- und Sachverständigenwesens erforderlich;
3. die Debatte um Lösungen für ein nachhaltiges Leben, Arbeiten und Wirtschaften innerhalb der ökologischen Grenzen im Parlament in geeigneter Form verstärkt weiterzuführen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die gemeinsam getragenen Ergebnisse der Enquete-Kommission umzusetzen;
2. die Voraussetzungen für einen jährlichen Jahreswohlstandsbericht zu schaffen, der die Wohlstandsmessung ausschließlich durch das BIP ersetzt und zu diesem Zweck
  - a) einen neuen Sachverständigenrat für soziale Entwicklung einzuberufen,
  - b) diesen sowie die Sachverständigenräte für Umwelt und Wirtschaft bei der Erstellung eines jährlichen Wohlstandsberichts zu beteiligen, welcher von der Bundesregierung kommentiert dem Bundestag zugeleitet wird,
  - c) das Statistische Bundesamt mit der inhaltlichen Betreuung, Weiterentwicklung und kontinuierlichen Veröffentlichung der für den Jahreswohlstandsbericht notwendigen Indikatoren zu beauftragen,
  - d) dafür Sorge zu tragen, dass die notwendigen statistischen Grundlagen in guter Qualität und zeitnah vorliegen. Der identifizierte Weiterentwicklungsbedarf für Forschung und Statistik ist in die Forschungsprogramme der einzelnen Ressorts und das statistische Programm aufzunehmen;
3. die nationale Nachhaltigkeitsstrategie mit ihren Indikatoren sowie im Rahmen der Überprüfung des Berichts- und Sachverständigenwesens den Armuts- und Reichtumsbericht und den nationalen Bildungsbericht mit ihren Indikatoren zu stärken und diese für die politische Steuerung der Prozesse und Entscheidungen im Hinblick auf Nachhaltigkeit verstärkt im politischen Alltag anzuwenden und zu kommunizieren.

Berlin, den 4. Juni 2013

**Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion**  
**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**